

## Lage nach dem Bau der Berliner Mauer (2)

18. August 1961

[Bericht] Nr. 447/61 über die Situation aufgrund der Schutzmaßnahmen derDDR

### Quelle

BStU, MfS, ZAIG 31066, Bl. 253–269 (7. Expl.).

### Serie

Informationen.

### Verteiler

Honecker, KGB Berlin Karlshorst (»Freunde«) – MfS: Mielke, interner Einsatzstab, Wolf, Beater, Ablage (Zur Verteilung der Berichte zum Mauerbau siehe auch [→ Einleitung](#)).

#### 1. Zur diplomatischen und politischen Aktivität des Gegners

Es gibt keine grundsätzlich neuen Momente in der diplomatischen und politischen Aktivität der führenden Kreise der Westmächte, Bonns und Westberlins in der Reaktion auf die Schutzmaßnahmen der DDR. Es bestätigt sich immer mehr die Einschätzung, dass sich die Westmächte nicht auf die Linie sogenannter »dramatischer Gegenmaßnahmen« drängen lassen, um ihre »Interessen« in Westberlin nicht zu gefährden. Allerdings tritt, besonders im Zusammenhang mit dem Westberlin-Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson, das Moment der demonstrativen »moralischen Unterstützung« Westberlins stärker in den Vordergrund.<sup>1</sup>

Johnson wird am Sonnabend in Begleitung von Brentano, dem Sonderberater für »Russlandangelegenheiten« der amerikanischen Regierung Bohlen<sup>2</sup> und dem ehemaligen amerikanischen Stadtkommandanten in Westberlin Clay in Westberlin erwartet. Die »Bevölkerung des freien Berlin« wurde für 17.00 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus aufgerufen, auf der Johnson sprechen wird.<sup>3</sup> Es wurde offiziell gemeldet, dass er Brandt eine persönliche Botschaft Kennedys überbringt.<sup>4</sup>

In den offiziellen Äußerungen führender politischer Kreise sowohl der Westmächte als auch der Bundesregierung und den Pressekommentaren wird immer stärker betont, dass die »wirkliche Berlinkrise« noch gar nicht begonnen habe. Es wird damit die Vermutung verknüpft, dass es zu einer Verschärfung der Spannungen kommt, wenn die DDR beim Abschluss eines Friedensvertrags ihre vollen souveränen Rechte der Kontrolle der Verbindungswege nach Westberlin übernimmt.

Nach Mitteilung diplomatischer Kreise der britischen Hauptstadt sind die Westmächte, wie es offiziell heißt, gegenwärtig dabei, ein Angebot an die Sowjetunion zu formulieren, auf hoher diplomatischer Ebene über die Westberlin-Frage zu verhandeln.<sup>5</sup> Nach weiteren offiziellen Meldungen gilt es in UNO-Kreisen als sicher, dass die Deutschland- und Westberlin-Frage in einer der ersten Sitzungen der am 19.9. beginnenden neuen Session der Vollversammlung eine Rolle spielen wird.<sup>6</sup>

Mehrere Bonner Minister bemühten sich am 17.8., in verschiedenen Stellungnahmen den Eindruck zu verwischen, dass die Westmächte und die Bonner Regierung aufgrund von Uneinigkeit zu keinen »drastischen Gegenmaßnahmen« gelangten und Westberlin Gefahr laufe, allein gelassen zu werden. Bundesschatzminister Wilhelmi erklärte, man dürfe nicht Aktionen und Gegenaktionen hochspielen, bis man die Kontrolle über sie verliere. Strauß äußerte auf einer Pressekonferenz, er habe jahrelang »Verteidigungsbereitschaft« gepredigt, halte es aber für falsch, einen »Heldenfimmel« zu bekommen. Wer »drastische Gegenmaßnahmen« erwarte, der müsse auch sagen, ob er Krieg wolle oder nicht.<sup>7</sup>

Diese Linie vertrat die CDU auch in der Sondersitzung des Bundestags am 18.8., nachdem sie die Abgabe einer gemeinsamen Erklärung aller Parteien abgelehnt hatte. Adenauer stellte in den Mittelpunkt seiner Rede die Forderung nach einer Verstärkung der militärischen Stärke des Westens und einer Festigung der »westlichen Solidarität«.<sup>8</sup> Krone wies die Kritik an den Westmächten zurück, sie hätten es in der Westberlin-Frage an dieser »Solidarität« fehlen lassen. Schärfer noch als Adenauer und auch Ollenhauer trat Willy Brandt auf. Er bezog die Linie seiner Rede auf der Westberliner Kundgebung am 16.8. Mende forderte die Eingliederung Westberlins als Bundesland.

Sprecher aller drei Westmächte gaben militärische Maßnahmen bekannt, die zum Teil demonstrativen Charakter im Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen der DDR tragen, mit denen jedoch zugleich die Situation für eine Forcierung des Wettrüstens und für den Versuch ausgenutzt werden soll, die militärische Überlegenheit des sozialistischen Lagers auszugleichen. Der amerikanische Verteidigungsminister teilte am 16.8. mit, dass für 85 000 Mann die Dienstzeit verlängert wird und 23 000 Reservisten einberufen wurden. Der französische Verteidigungsrat beschloss, die Verstärkung der französischen Streitkräfte in Frankreich und Westdeutschland, ohne konkrete Einzelheiten mitzuteilen. Die britische Regierung beschloss, eine Verstärkung der britischen Luftwaffeneinheiten in Westdeutschland.

Auf einer überraschend einberufenen Pressekonferenz gab Kennedy am 18.8., 1.00 Uhr MEZ bekannt, dass am 20.8. eine amerikanische Kampfgruppe in Stärke von 1 500 Mann auf der Autobahn zur Verstärkung der amerikanischen Besatzungstruppen nach Westberlin transportiert werden soll.<sup>9</sup> Intern wurde bereits vorher gemeldet, dass die amerikanische Garnison in Westberlin um ca. 1 000 Mann verstärkt werden soll,<sup>10</sup> die eine Spezialausbildung in der Nähe von Frankfurt/M. erhalten hätten. Es handle sich um Infanterie- und Fallschirmjäger. Sie sollen in den Smuts-Barracks stationiert werden. Die amerikanische Presse berichtete am 18.8. von einer Verstärkung der amerikanischen Garnison um 100 Panzer.<sup>11</sup>

Nach einer noch nicht überprüften internen Information soll in einer Besprechung von hohen Offizieren der Besatzungsmächte und Vertretern des Westberliner Senats festgelegt worden sein, dass die Besatzungsmächte eine Demonstration ihrer »Stärke« durchführen sollen. Die Offiziere hätten sich dazu bereit erklärt, motorisierte Einheiten im Stadtgebiet Patrouille fahren zu lassen.

Eine nennenswerte offizielle Reaktion auf die Fernseherklärung Walter Ulbrichts am 18.8. lag zum Berichtszeitpunkt noch nicht vor.<sup>12</sup> Im äußerst provokatorischen Ton erklärte ein Senatssprecher, die Erklärung habe den gleichen »kalten Zynismus« gehabt wie die Reden Hitlers. Die gesteigerte Hetze vor allem führender politischer Kreise Westberlins und ihre Zielrichtung fanden deutlichen Ausdruck in einem Artikel des Westberliner Mitarbeiters des Ministeriums für »gesamtdeutsche Fragen« Hildebrandt am 18.8. im »Tagesspiegel«.<sup>13</sup> Es wird in diesem Artikel vorgeschlagen, wirtschaftliche »Gegenmaßnahmen« zu ergreifen und für die Kommunalwahlen am 17.9. die Wahllosung auszugeben: »Beseitigt den Stacheldraht«. Offen wird zur Nichtbeteiligung an der Wahl, zum »passiven Widerstand« und zur Durchführung von Sitzstreiks aufgerufen. Es wird empfohlen, die Situation »realistisch« einzuschätzen und die Forderung aufzustellen, mit Chruschtschow und anderen Genossen sprechen zu wollen, aber nicht mit Walter Ulbricht.

In der Frage der Forderungen des Senats nach Übernahme des S-Bahn-Verkehrs im Westberliner Bereich kam es, nach Mitteilung einer noch nicht überprüften Quelle, ebenfalls zu Differenzen mit den Westmächten.<sup>14</sup> Der britische Botschafter Steel habe bei seinem Besuch in Westberlin am 17.8. erklärt, durch diese Forderung des Senats könnten größere Spannungsmomente hervorgerufen werden.<sup>15</sup> Ungeachtet dessen wurde allerdings zuverlässig bekannt, dass der Senat die Übernahme der S-Bahn weiter vorbereitet (s. Punkt 2).

Eine »Gipfelkonferenz« von Vertretern der westdeutschen und Westberliner Wirtschaft wird, wie offiziell bekannt wurde, am 21. und 22.8. in Westberlin stattfinden, um »Hilfsmaßnahmen« für die Westberliner Wirtschaft zu beraten.<sup>16</sup> Es ist anzunehmen, dass dabei auch die Frage sogenannter wirtschaftlicher Repressalien eine Rolle spielen wird. Es zeichnet sich in verschiedenen vorliegenden Informationen weiterhin die Tendenz ab, von einer Kündigung des Abkommens über den innerdeutschen Handel abzusehen. Das Hauptaugenmerk werde zurzeit darauf konzentriert zu prüfen, welche Möglichkeiten eines »gezielten Embargos« bestehen. Die Spitzenverbände der westdeutschen Industrie haben ihre Mitglieder aufgefordert, die Leipziger Messe zu boykottieren. Erhard erklärte allerdings vor Pressevertretern, er werde die Reise westdeutscher Geschäftsleute nach Leipzig nicht verhindern.

Wie aus Stimmungsberichten hervorgeht, hält die deprimierte Stimmung in Westberlin aufgrund der Haltung der Westmächte weiter an, was sich jetzt allerdings aufgrund der demonstrativen militärischen Maßnahmen der USA etwas verändern könnte. Aus dem Senat wurden Kündigungen in einem größeren Umfang gemeldet. Es soll eine besondere Kommission gebildet worden sein, da die Angsteinkäufe weiter im Anstieg begriffen wären.

## *2. Gegnerische Provokationen und Vorkommnisse*

In Westberlin mehren sich die Anzeichen von – durch den Westberliner Senat – organisierten Anschlägen gegen die S-Bahn. So trifft nach Berichten einer zuverlässigen Quelle das Westberliner Finanzamt Maßnahmen, um schlagartig die Tageskassen der S-Bahn zu beschlagnahmen und das Westgeld gegen DM der Deutschen Notenbank zwangsauszutauschen.

Im Zusammenhang damit steht möglicherweise die Mitteilung, wonach die von der Stupo eingeteilten sogenannten Läufer eine Besprechung in den Inspektionen hatten. Bei dieser Besprechung wurden jedem Läufer fünf Mann zugeteilt, die bei Alarm von ihm zu benachrichtigen sind. Jeder der zu Benachrichtigenden musste zu diesem Zweck seine Anschrift, sonstige Aufenthaltsorte sowie die Telefon-Nr. schriftlich angeben. Die Quelle äußerte, dass Ende der Woche Alarm ausgelöst würde, um die Abteilung »K«<sup>17</sup> bei Kontrollen gegen die S-Bahnhöfe und Parteilokale der SED zu unterstützen.

Die West-BEWAG überprüft gegenwärtig stillgelegte Kabel auf Einspeisungsmöglichkeiten für Fahrstrom aus dem Westberliner Netz. So erhielt z. B. der Dienststellenvorsteher der Fahrleitungsmeisterei West Mitteilung, dass das stillgelegte Kabel 137 unter Strom gesetzt wurde. Wie von einer noch nicht überprüften Quelle berichtet wird, soll eine Arbeitsgemeinschaft des Senators für Verkehr und Betriebe, Theuner, und des Senators für Bau- und Wohnungswesen gebildet worden sein, um die technischen und organisatorischen Voraussetzungen der Übernahme der S-Bahn zu prüfen. Die BVG soll dabei zur Mitarbeit herangezogen werden.

Um den geplanten Maßnahmen den Anschein einer weitverbreiteten Forderung der Bevölkerung zu geben, hielten auch in der Berichtszeit die organisierten Blockierungen der Fahrkartenschalter und Protestversammlungen vor den S-Bahnhöfen und dergleichen an.

Besondere Konzentrationspunkte dieser Aktionen waren die S-Bahnhöfe Gesundbrunnen, Spandau-West, Zoo, Papestr. und Schöneberg. An den Bahnhöfen Spandau-West und Zoo waren zu diesem Zweck Lautsprecherwagen des DGB eingesetzt. In der Mehrzahl waren an diesen Aktionen Jugendliche – vorwiegend Studenten – beteiligt, die selbst vor Tätlichkeiten gegenüber den Reisenden nicht zurückschrecken. Die »Junge Union« stellte Gruppen dafür zusammen, und auch die hauptamtlichen Mitarbeiter der westlichen Geheimdienste wurden mit zu diesen Aktionen herangezogen.

Als Schwerpunkt für die Anschläge auf die S-Bahn wurde die Strecke Wannsee–Friedrichstraße herausgestellt. Dort wurden allein an einem Tag 40 Tür-, Fenster- und Reklamescheiben und zwei Lampenglocken zerschlagen, 14 Sitzpolster aufgeschlitzt, neun Haltestangen und eine Armlehne abgerissen sowie eine Verbindungstür und ein Feuerlöscher entwendet.

Die Provokationen gegen die SED sollen in der nächsten Woche mit der Registrierung der Funktionäre und Mitglieder fortgesetzt werden. Sie sollen dabei aufgefordert werden, ihr Mitgliedsbuch abzugeben. (Diese Information ist noch nicht überprüft.)

Zunehmend werden die Provokationen, die gegen die SED in Westberlin organisiert wurden, auch auf Angehörige der FDJ, auf Einrichtungen der demokratischen Presse und des Rundfunks in Westberlin sowie gegen Bürger, die weiterhin im demokratischen Berlin arbeiten, ausgedehnt. So erschienen in der Nacht zum 18.8.1961 am KP 52 fünf Angehörige der Westberliner FDJ, deren Zusammenkunft im Klubhaus in [der] Kohldotterstraße am Abend des 17.8.1961 durch eine Rowdy-Gruppe gestört wurde. Dabei sei den Rowdys auch eine namentliche Liste in die Hände gefallen. Diese Jugendlichen wurden vorläufig im demokratischen Berlin untergebracht.

Auf dem Westberliner Fruchtmart, auf dem nach dem Ausfall der Grenzgänger ca. 80 % der Arbeitskräfte fehlen, wurde den Kraftfahrern der Deutrans-Filiale Berlin von den dort beschäftigten Arbeitern gedroht, ihre Fahrzeuge zu demolieren und anzuzünden, wenn sie wiederkämen. Die in der Deutschen Akademie der Wissenschaften beschäftigten Westberliner Ärzte Dr. [Name 1] und [Name 2] sowie ein weiterer Arzt äußerten, dass sie seit der Rede von Brandt Repressalien ausgesetzt sind und täglich mehrere Anrufe mit Aufforderungen erhalten, die Arbeit »bei den Kommunisten« niederzulegen.

Zuverlässig wird bekannt, dass im Westberliner Finanzamt Vorschläge erörtert werden, nach denen die Westberliner Bürger, die im demokratischen Berlin arbeiten, Steuern in DM/BdL bezahlen sollen.

Eine Anzahl neuer Hinweise sowie Ergebnisse der Kontrollen Westberliner Bürger an den KP lassen erkennen, dass der Gegner nach wie vor versucht, in verstärktem Maße Westberliner Personalausweise für Bürger des demokratischen Berlins einzuschleusen. Dadurch soll vor allem Grenzgängern und Studenten der Übertritt nach Westberlin ermöglicht werden.

Zuverlässig wird bekannt, dass einer der Organisatoren bei der Schleusung von Personen nach Westberlin der Vorsitzende des Heimkehrerbundes in Kreuzberg, Schwan, ist. Schwan soll Verbindungen zum Amerikaner und zum Roten Kreuz unterhalten.

Die Freie Universität Westberlin trifft nach vorliegenden Hinweisen Maßnahmen, um den im demokratischen Berlin wohnenden Studenten Westberliner Ausweise durch Personen zuzustellen.

Am 15.8.1961 wurden in der Zeit von 5.00 bis 7.00 Uhr stichprobenmäßig am KP Brunnenstraße sieben Personen namentlich festgestellt, die mit Westberliner Ausweisen vom demokratischen Berlin nach Westberlin gingen. Nach der Überprüfung bei der Abteilung PM des PdVP Berlin wurde festgestellt, dass von den sieben Personen vier illegal den demokratischen Sektor verlassen haben und bei der Befragung nach dem Aufenthalt falsche Angaben machten.

Am 17.8.1961 wurde von den Organen des AZKW auf dem Bahnhof Friedrichstraße der [Name 3] aus Berlin SW 61 kontrolliert. [Name 3] hatte einen Personalausweis der DDR mit der Nr. XII [sieben Ziffern] auf den Namen [Name 4], geboren [Tag, Monat] 1937 in Dresden lautend in der Achselhöhle versteckt. [Name 4] war bei der Kontrolle zugegen. Er ist republikflüchtig und wohnt zzt. in Berlin-Neukölln, [Straße, Nr.]. Beide wurden von einem Westberliner begleitet, der zwei Westberliner Ausweise bei sich hatte. Alle drei Personen wurden festgenommen.

Nach einer Information aus den Randkreisen von Berlin werden in Westberlin Personalbescheinigungen für verlorene Personalausweise an ehemalige Grenzgänger ausgegeben.

Im Berichtszeitraum ist im demokratischen Berlin und auch in den Bezirken der DDR ein weiteres Ansteigen der Hetztätigkeit und des Anbringens von Schmierereien festzustellen. Die Hetze richtet sich gegen die Maßnahmen unserer Regierung, gegen den Abschluss eines Friedensvertrages mit der DDR sowie gegen den Genossen Walter Ulbricht und andere Funktionäre. In einzelnen Fällen enthielt sie Morddrohungen gegen Funktionäre der SED bzw. bestand sie aus anonymen Anrufen. In diesem Zusammenhang wurden mehrere E-Verfahren, Festnahmen und Aburteilungen im Schnellverfahren durchgeführt. (Halle, Karl-Marx-Stadt, Dresden, Rostock, Magdeburg, demokratisches Berlin)

Eine verstärkte Feindtätigkeit in Form von Schmierereien in der Nacht vom 17. zum 18.8.1961 wurde aus Magdeburg gemeldet. Dort wurden allein im Stadtgebiet 18 Schmierereien in der Größe von 30 × 30 bis 80 × 80 cm festgestellt.

Zum Teil werden diese feindlichen Elemente durch die westlichen Fernseh- und Rundfunkstationen inspiriert und versuchen, feindliche Argumente unter die Bevölkerung zu tragen. Der Einfluss des Gegners machte sich beispielsweise in der Bauindustrie des Bezirkes Karl-Marx-Stadt bemerkbar, was in der Ablehnung von Verpflichtungen zum Ausdruck kommt. So lehnte z. B. eine Brigade des VEB Hochbau-Projektierung eine Verpflichtungserklärung mit der Begründung ab, dass jetzt eine »Holzhammerpolitik« durchgeführt würde.

Ein Kraftfahrer der HTS Schönebeck/Magdeburg sprach sich in einer Versammlung am 14.8.1961 gegen eine Resolution aus, die die Maßnahmen der DDR zum Inhalt hatte. Dadurch beeinflusste er andere Belegschaftsmitglieder, die daraufhin ebenfalls ihre Zustimmung verweigerten. Außerdem betrieb er staatsgefährdende Hetze. (Festnahme erfolgte)

In Eichwalde/Königs Wusterhausen/Potsdam wurden am 18.8.1961 an drei verschiedenen Stellen gefälschte Bekanntmachungen mit unleserlicher Unterschrift festgestellt. Darin werden alle Einwohner im Alter von 18 bis 80 Jahren aufgefordert, sich in der Abteilung Planung und Statistik zwecks Meldung des Bedarfs an Nahrungsmitteln in den Familien zu melden, um eine rationelle Planung der Lebensmittel vornehmen zu können. Das Format der Bekanntmachungen beträgt DIN A 5-Querformat mit Schreibmaschine geschrieben. (Täter unbekannt, Ermittlungen werden geführt)

Nach Meldung einer zuverlässigen Quelle ist das Pressecafé am Bahnhof Friedrichstr. ein Konzentrationspunkt von Westberlinern. Der freie Mitarbeiter des RIAS [Name 5] soll ständig dort verkehren und mit Personen zusammensitzen, ohne jedoch negative Diskussionen zu führen. Es ist zu vermuten, dass er Kontakte sucht.

Eine zuverlässige Person kam in der HOG Stadtmitte beim Zigarettenkauf am 15.8.1961 mit der Angestellten am Büfett in ein Gespräch. Dabei äußerte sie, dass der Schwarzhandel schon begonnen habe. Für eine Westzigarette bezahle man bereits 1 DM.

Im Bereich der BdVP Suhl findet gegenwärtig eine Aktion statt, illegale Waffenbesitzer festzustellen. Das vorläufige Ergebnis: 4 Karabiner, 6 KK-Gewehre, 4 Pistolen, 5 Dolche, 31 Stahlhelme, 14 Gasmasken, größere Mengen Munition, Schallplatten mit faschistischen Kampfliedern und zahlreiche faschistische Orden und Plaketten. (Aktion wird fortgesetzt)

Am 17.8.1961, gegen 20.00 Uhr meldete ein Westberliner Parteiveteran der VPI Mitte, dass nach Äußerung eines angetrunkenen Bauarbeiters der Baustelle Fernheizwerk Rungestr. am Sonnabend, den 19.8.1961 vor dem Brandenburger Tor 120 Bauarbeiter randalieren wollen. (Name des Bauarbeiters ist nicht bekannt)

Im Traktorenwerk in Schönebeck/Elbe erfolgte am 18.8.1961 um 23.55 Uhr eine Kesselexplosion. <sup>18</sup> Es gab 6 Verletzte. Der Sachschaden wird auf 1,5 Mio. DM geschätzt. (Untersuchung wurde eingeleitet)

Am 17.8.1961, um 20.00 Uhr teilte der Kommandeur der sowjetischen Einheit Biesdorf mit, dass ein auf der Erde liegendes Telefonkabel, welches die Verbindung zwischen der sowjetischen Einheit und der NVA Friedrichsfelde herstellt, am 16.8.1961 zweimal und am 17.8.1961 einmal zerschnitten worden ist.

### 3. Grenzdurchbrüche, Desertionen, besondere Vorkommnisse

Die Grenzsicherung wurde planmäßig durch die weitere Fertigstellung der Befestigungsarbeiten gewährleistet. Ein(en) Schwerpunkt bildeten dabei die Maßnahmen zur Verhinderung der Krawallfahrten mit Kraftfahrzeugen.

Diese Feindtätigkeit tritt vor allem in folgenden Richtungen auf:

- Anhaltende Versuche von Grenzdurchbrüchen in beiden Richtungen,
- Verstärktes Auftauchen Westberliner Bürger zur Überbringung restlicher Lohnzahlungen an ehemalige Grenzgänger, mit gleichzeitiger ideologischer Beeinflussung,
- Versuche der ideologischen Zersetzung in den Reihen der bewaffneten Organe.

Bei diesen Grenzdurchbrüchen treten nicht mehr solche Konzentrationen auf wie in den letzten Tagen. Diese Durchbrüche verteilen sich auf alle Abschnitte. So ereignete sich am Kontrollpunkt Brunnenstraße am 18.8.1961 ein Grenzdurchbruch durch zwei Postangestellte in ihren Uniformen, die eine Reparatur an einem Postkabel unmittelbar am Kontrollpunkt vortäuschten. Am Kontrollpunkt 38 gelang es einer Person, unter Ausnutzung der Dunkelheit in der Nacht vom 17. [auf den] 18.8.1961 durchzubrechen.

Am 18.8.1961, um 15.30 Uhr erfolgte ein Grenzdurchbruch in der Provinzstr. in Pankow durch zwei männliche Personen.

150 m vom Kontrollpunkt 65 entfernt (Heidekampgraben) zerschnitt ein Jugendlicher drei Drähte von der Absperrung. Der Jugendliche konnte entkommen. Eine Familie bestehend aus drei Personen, welche diese Gelegenheit ausnutzen wollte, um nach Westberlin zu gelangen, konnte festgenommen werden. Durch die Wachsamkeit der Angehörigen der Grenzsicherung konnte eine Reihe weiterer Grenzdurchbrüche verhindert werden.

Weiterhin wurde der Sohn des Pfarrers [Name 6], [Name 7], Bln.-Pankow, [Straße, Nr.], wohnhaft, geboren am [Tag, Monat] 1943 gestellt, als er in Blankenfelde, Lübarser Str. versuchte, die Grenze zu überschreiten (18.8.1961, 17.50 Uhr).

Als Schwerpunkt für die Überbringung von Lohnzahlungen an ehemalige Grenzgänger trat die West-BVG auf. Ein leitender Angestellter der West-BVG z. B. brachte dem [Name 8], Wilhelmsruh, [Straße, Nr.] und der Frau [Name 9], ebenfalls Pankow wohnhaft, ihr Gehalt. Er riet ihnen, erst einmal Urlaub zu nehmen und nicht arbeiten zu gehen. Er sicherte diesen weitere Unterstützung durch die West-BVG zu.

Es treten jetzt immer häufiger Versuche auf, Angehörige der Bewaffneten Organe nach Westberlin zu locken. So wurde neben anderen z. B. am 17.8.1961 am Kontrollpunkt 20 Bornholmer Str. der diensttuende BP-Angehörige Owm. [Name 10] von einer Westberliner Zivilperson zur Fahnenflucht aufgefordert. Ebenso wurden am gleichen Tage die Posten am KP 24, Wollinerstr. von Westberliner Zivilpersonen zur Fahnenflucht aufgefordert. Diese VP-Angehörigen haben darauf jedoch nicht reagiert.

Trotz dieses positiven Verhaltens vieler VP-Angehöriger kam es im Berichtszeitraum zu Desertionen. Sie zeigen allerdings im Vergleich zu den Vortagen eine rückläufige Tendenz. Es desertierten am 18.8., um 17.45 Uhr Owm. *Brabant* und Uwm. [Name 11] mit ihren Waffen. Beide gehörten zur 2. Kompanie der 1. Abteilung der Bereitschaftspolizei Niederschönhausen. Während ihres Postendienstes sind sie vom Friedhof Liesenstr. über die Mauer zur Gartenstraße Westberlin gestiegen. Besonders vermerkt werden muss, dass diese Desertion vorbereitet worden sein muss, da zu diesem Zeitpunkt an angegebener Stelle der Fernsehfunk SFB anwesend war. *Brabant* sprach über den SFB-Fernsehen am gleichen Abend.<sup>19</sup>

Weiterhin desertierte der VP-Owm. [Name 12] vom Pionierzug Rummelsburg am 18.8.1961, um 10.00 Uhr nach Westberlin. Er durchschwamm den Teltow-Kanal, 200 m westlich der Massantebrücke. Die Desertion ist auf eine vorher geknüpfte Verbindung zu einer Zivilperson zurückzuführen. An der weiteren Aufklärung der Ursachen der Desertion wird gearbeitet.

Am 18.8.1961 kam es an der Staatsgrenze West und am Ring um Berlin zu mehreren Luftraumverletzungen. Durch Funkortung wurde festgestellt, dass gegen 19.10 Uhr zwei Flugzeuge unbekannter Nationalität in etwa 6 500 m Höhe im Raum Mühlhausen–Eisenach in das Gebiet der DDR einfliegen und ca. 40 km tief eindringen. Gegen 19.22 Uhr drehten sie ab und flogen nach Westdeutschland zurück. Ebenfalls durch Funkortung wurde gegen 19.35 Uhr der Einflug eines Hetzballons aus dem Raum Wolfenbüttel festgestellt. Im Zusammenhang mit der verstärkten Luftaufklärung durch den Gegner am Ring Berlin wurden ebenfalls mehrere Luftraumverletzungen durch Hubschrauber festgestellt. Im Raum Glienicke–Staaken–Potsdam ist dabei gegen 15.30 Uhr ein Hubschrauber unbekannter Nationalität ca. 1 km in das Territorium der DDR eingedrungen. In den anderen Fällen handelt es sich – soweit das überhaupt exakt nachweisbar ist – nur um geringfügige Abweichungen vom Grenzverlauf.

Es liegen Meldungen vor, dass Bürger der DDR von Fahrgastschiffen aus im Ausland die DDR verlassen. Zwei Angestellte der Leunawerke verließen in Piräus die »Völkerfreundschaft«. Vom Fährschiff Saßnitz in Trelleborg verließ der Tourist [Name 13], geboren am [Tag, Monat] 1940, wohnhaft in Berlin, die DDR. Er sprang vom Schiff und schwamm an Land. Ein 20-jähriger Bootsmann eines Kutters des Fischkombinats Saßnitz ist in Cuxhaven von Bord gegangen und hat die DDR illegal verlassen.

Das Motorschiff »Binz«, das normalerweise von Wolgast aus eine Rundfahrt um Bornholm durchführt, musste heute Vormittag aufgrund schlechten Wetters den Kurs ändern. Der Kapitän einigte sich mit dem Reiseleiter auf eine Rügen-Rundfahrt. Daraufhin forderten 17 Personen, meist Jugendliche, den Kapitän schriftlich auf, die vorgesehene Fahrtroute einzuhalten.<sup>20</sup> Als das abgelehnt wurde, wurden sie gegen den Kapitän tätlich. Herbeigerufene Grenzpolizei geleitete das Motorschiff »Binz« in den Hafen von Saßnitz. (Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die BV Rostock.)

#### 4. Stimmung und Reaktion der Bevölkerung

Im Berichtszeitraum war ein Anhalten der Zustimmungserklärungen unter allen Schichten der Bevölkerung zu verzeichnen.

Der Widerhall auf den Aufruf des Zentralrats der FDJ zum Eintritt in die NVA unter den Jugendlichen ist im Wesentlichen positiv. Es traten jedoch einige Argumente und Erscheinungen unter einem Teil der Jugendlichen auf, mit denen die Ablehnung des Dienstes in der NVA begründet wurde.<sup>21</sup> Zu den wichtigsten Argumenten zählen:

- Mit friedlicher Arbeit ist der Sicherheit der DDR mehr gedient als mit der Waffe in der Hand.
- Mit dem Hinweis auf Verwandte und Bekannte in Westdeutschland, auf die evtl. zu schießen wäre, wird von ihnen der Dienst in der NVA abgelehnt.
- Warum umgeht man die Einführung der Wehrpflicht, diese Aktion trägt den Charakter einer allgemeinen Mobilmachung ( VEB Carl Zeiss, . Ein Teil der Jugendlichen reagierte mit dem Austritt aus der FDJ, verweigert Aussprachen, auch individuelle, und löst das Arbeitsverhältnis in der derzeitigen Arbeitsstätte.

In Einzelfällen werden die Appelle und Aussprachen durch Zwischenrufe, Unruhe und durch Schweigen boykottiert. In der Matthias-Thesen-Werft/Rostock sind nach zwei Versammlungen mit jeweils 500 Jugendlichen keine Verpflichtungen zum Beitritt zur NVA abgegeben worden. In Kreisen der Intelligenz spielt weiterhin das Argument eine Rolle, dass sie in der Intelligenzpolitik der DDR einen »neuen Kurs« erwarten, etwa in dem Sinne, dass »die Daumenschraube« jetzt schärfer angezogen werde. Es wird auf die Unmöglichkeit hingewiesen, in Zukunft bei auftretenden Schwierigkeiten illegal die DDR zu verlassen. Diese Anschauungen sind unter einem bedeutenden Teil von Wissenschaftlern in den Leuna- und Bunawerken, den chemischen Großbetrieben des Kreises Bitterfeld sowie an der Martin-Luther-Universität Halle verbreitet. Ein Schwerpunkt unter der Intelligenz bildet immer noch die Ärzteschaft, besonders im demokratischen Berlin.

Die Ärzte aus Westberlin schwanken noch in ihren Entscheidungen, über ihr zukünftiges Verbleiben im demokratischen Berlin, da die Lohnausgleichsfrage noch nicht entschieden ist, jedoch die finanziellen Belange im Vordergrund ihrer Überlegungen und Entscheidungen stehen. (Die medizinische Fakultät der Humboldt-Universität benötigte etwa monatlich 200 TDM West zusätzlich, um die aus Westberlin stammenden Wissenschaftler und Ärzte bei Fortfall der Lohnausgleichskasse bezahlen zu können.) Die Möglichkeit der Übersiedlung in das demokratische Berlin wurde von der überwiegenden Mehrzahl bisher nicht erwogen bzw. abgelehnt.

In der Berliner Ärzteschaft ist die Einstellung zu den neuen Maßnahmen besonders abwartend bzw. als negativ einzuschätzen. Neben offenen provokatorischen Stellungnahmen, treten in »vertrauten Kreisen« negative oder feindliche Äußerungen auf, bei denen der formal-bürgerliche »Freiheitsbegriff« eine wichtige Rolle spielt.

Bei Aussprachen mit den Ärzten durch Partei- und Staatsfunktionäre wird weitestgehend Zurückhaltung geübt. Die abwartende Haltung bezieht sich u. a. vornehmlich auch auf die in Zukunft zu erwartende Verfahrensweise bei der Genehmigung von Reisen nach Westdeutschland bzw. Erteilung von Genehmigungen für den Besuch der Berliner Westsektoren.

In den Instituten der Deutschen Akademie der Wissenschaft ist die Reaktion unter den Wissenschaftlern, insbesondere unter den in Westberlin einwohnenden Gelehrten, zu den Maßnahmen unterschiedlich.

Im Heinrich-Hertz-Institut lehnen etwa 80 bis 90 % der Mitarbeiter die Maßnahmen ab, da sie nicht mehr »beliebig nach Westberlin gehen können« und mittels »Androhung der Republikflucht ihre Wünsche und Forderungen« durchsetzen können.

Allgemein kann eingeschätzt werden, dass die auftretenden Diskussionen und Argumente in vielen Instituten der Deutschen Akademie der Wissenschaften nicht den Charakter von Provokationen tragen, sondern von der Unkenntnis zeugen und den verworrenen Zustand im Denken der Wissenschaftler über die aktuellen politischen Probleme der Gegenwart widerspiegeln.

Unter den Künstlern aus Westberlin sind Erscheinungen der Resignation erkennbar, da sie keinen Lohnausgleich mehr erhalten werden, in Westberlin jedoch gegen sie eine Proqramstimmung organisiert wird. Durch das Vorhandensein einer Reihe arbeitsloser Künstler in Westberlin und Westdeutschland ist die Furcht verbreitet, in Zukunft ohne Engagement bzw. ohne Aufträge zu sein. Die Einsicht über die Notwendigkeit des Umzuges in das demokratische Berlin ist erst vereinzelt feststellbar (Kutschera<sup>22</sup>, Volksbühne Berlin).

Von kleinbürgerlichen und reaktionären Elementen im Bezirk Erfurt wird das Gerücht verbreitet, dass der Verdienst der Ärzte bis auf 800 DM reduziert wird und die Arbeitszeit für alle Bürger, insbesondere für die LPG-Mitglieder, verlängert werden soll.

Aus den vorhandenen Hinweisen ist zu erkennen, dass die kirchlichen Kreise auf dem Gebiet der DDR allmählich beginnen, eine einheitliche Stellungnahme zu beziehen. Die Mehrzahl der Pfarrer lehnt übereinstimmend die Maßnahmen ab. So wurde z. B. bei einem am 16.8.1961 durchgeführten Kirchenkonvent im Kirchenkreis Hoyerswerda festgestellt, dass die anwesenden Pfarrer die neuen Maßnahmen ablehnen und daher beabsichtigen, sich am 17.9. nicht an der Wahl zu beteiligen.

Vorhandene Hinweise aus Kirchenkreisen weisen auf Bestrebungen hin, eigene Kirchenleitungen zu wählen. Dazu sollen bereits konkrete Vorstellungen über die zukünftigen Leitungsmitglieder vorhanden sein (Bezirk Cottbus).

Es sind ferner Hinweise bekannt geworden, nach denen von Westberliner Unternehmen der Versuch unternommen wird, Grenzgänger durch Drohungen von der Arbeitsaufnahme im demokratischen Berlin abzuhalten. Es wird gedroht, dass bei Arbeitsaufnahme im demokratischen Berlin damit zu rechnen sei, dass alle erworbenen Rechte in Westberliner Betrieben hinfällig werden. Bei erneuter Arbeitsaufnahme in den entsprechenden Westberliner Betrieben könnten dann die erworbenen Rechte nicht mehr berücksichtigt werden.

Die ideologische Diversion durch westliche Rundfunk- und Fernsehstationen zeigt gewisse Auswirkungen auf die Stimmung bestimmter Teile der Bevölkerung, besonders unter Angehörigen der Intelligenz, der Jugend und unter älteren Menschen. Die Auswirkungen bestehen in einem Ansteigen von Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit am Arbeitsplatz und im persönlichen Leben. Vielfach wird darauf hingewiesen und bemerkt, dass es keinen Zweck mehr habe, etwas zu leisten, da z. B. bald »Krieg sein werde«, d. h., eine gewisse Kriegspsychose beginnt sich auszubreiten.

Darüber hinaus muss auf zwei in breiten Bevölkerungskreisen kursierende Gerüchte aufmerksam gemacht werden.

Das Gerücht einer bevorstehenden Geldumtauschaktion breitet sich weiter aus und ergreift weitere Bevölkerungsschichten. Es ist zum Teil mit der Auffassung verbunden, dass in der DDR der »Rubel« als neue Währung eingeführt wird bzw. eine Geldentwertung zu erwarten ist (Rostock, Neubrandenburg, Berlin, Dresden, Halle).

In einer Reihe von Hausgemeinschaften, die direkt an der Sektorengrenze wohnen, wird darüber gesprochen, dass eine unmittelbare Umsiedlung in die Randgebiete von Berlin bevorsteht. So äußerten Bewohner der Brunnenstraße, dass sie in den Kreis Zossen umgesiedelt werden sollen.

Die vorhandenen übermäßigen Warenabkäufe an Industrie- und Nahrungsgütern in den bekannten Warenpositionen halten an, zeigen aber bereits eine leicht rückläufige Tendenz.

#### *Nachtrag*

In der Nacht vom 18. zum 19.8. erfolgten wegen versuchten Grenzdurchbruchs eine Verhaftung und wegen staatsgefährdender Hetze zwei Verhaftungen. Weiterhin wurden am KP Chausseestr. zwei Westberlinerinnen wegen versuchter Kontaktaufnahme zu Genossen des Sicherungskommandos festgenommen.

Nach Mitteilung der PdVP erfolgen insgesamt vom 18.8., 10.00 Uhr, bis 19.8., 3.00 Uhr, drei gelungene und fünf verhinderte Grenzdurchbrüche.

Am 18.8., 23.55 Uhr, explodierte ein Kessel im VEB Traktorenwerk Schönebeck Bezirk Magdeburg. Der Kessel wurde durch mehrere Betriebsräume und danach über ein freies Gelände geschleudert. Er kam ca. 1 km vor einem Wohnhaus zum Stehen. Durch die Explosion wurden eine Person getötet und fünf verletzt. Ein Betriebsangehöriger ist noch vermisst.

Der Schaden beträgt ca. 1,5 Mio. DM – Produktionsausfall ist gering. Als bisherige Ursache für die Explosion wurde Wassermangel ermittelt. Nähere Untersuchungen werden noch durchgeführt.

Nach einer Meldung der Bezirksverwaltung Frankfurt brach in der Nacht vom 18. zum 19.8. im Kesselhaus der Tbc-Heilstätte Müllrose ein Brand aus, wodurch ein noch nicht ermittelter Sachschaden entstand. Die bisherigen Ermittlungen schließen auf vorsätzliche Brandstiftung. – Untersuchungen sind eingeleitet.

In der Zeit vom 16. bis 18.8. wurde durch zwei Reichsbahnangehörige des Bahnhofes Stralsund in vier Fällen festgestellt, dass bei mehreren Wagen von Güterzügen die Achsbuchsen mit Resten von Sand, Splitt und Eisenteilen verunreinigt waren. Untersuchungen wurden durch die Trapo und das MfS eingeleitet.

Durch einen fahrlässigen Schusswaffengebrauch am 18.8., gegen 19.30 Uhr vonseiten des Gefr. [Name 14] des MSR 3 erfolgte die Auslösung von zwei Schüssen aus seiner MPi und die Verletzung von einem

- Ultn. – Streifschuss am Oberarm,
- Ofw. – Steckschuss in der Schulter,
- Fw. – Oberarmdurchschuss,
- Soldaten – Durchschuss am linken Oberarm und der Zerschmetterung der linken Hand.

1

US-Vizepräsident Johnson und seine Begleiter (u. a. der »Held der Luftbrücke« General Lucius D. Clay) trafen am 19.8.1961 in Berlin ein.

2

Charles E. Bohlen, Jg. 1904, war von 1929 bis 1969 im diplomatischen Dienst der USA. Er galt als Sowjet-Experte. Von 1953 bis 1957 war er US-Botschafter in Moskau, von 1962 bis 1968 in Paris.

3

Die Ankunft Johnsons und die Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am 19.8.1961 wurden zu einem Triumphzug für die amerikanischen Besucher. Vgl. u. a. Taylor, Frederik: Die Mauer. 31. August 1961 bis 9. November 1989. Bonn 2009, S. 269 ff.

4

Johnson überbrachte Brandt das Antwortschreiben von Präsident Kennedy. Vgl. Prowe, Diethelm: Der Brief Kennedys an Brandt vom 18. August 1961. In: VfZ 33(1985), S. 373–384; Schmidt, Wolfgang: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963. Opladen 2001, S. 395 ff.

5

Vgl. dazu Steininger, Rolf: Berlinkrise und Mauerbau 1958 bis 1963. München 2009, S. 263 ff.

6

Die Berlinfrage stand ganz oben auf der Agenda der am 19.9.1961 eröffneten 16. Session der UNO-Vollversammlung.

7

Vgl. FAZ v. 17.8.1961.

8

Die Rede Adenauers und die Erklärungen der anderen genannten Politiker sind abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hg. v. Bundesmin. f. Innerdt. Beziehungen. Reihe 4. Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966. Bd. 7,2. Bearb. v. Biewer, Gisela. Frankfurt/M. 1976, S. 74–106.

9

Bekanntmachung des Pressesekretärs des Weißen Hauses, Pierre Salinger. In: Archiv der Gegenwart. Deutschland 1949 bis 1999. Bd. 3: Oktober 1957 – Mai 1962. Sankt Augustin 2000, S. 2904.

10

Am 17.8.1961 hatte US-Präsident Kennedy beschlossen, die US-Garnison in Berlin um eine Kampfgruppe (1 500 Mann) zu verstärken. Vgl. Steininger, Rolf: Berlinkrise und Mauerbau 1958 bis 1963. München 2009, S. 262.

11

Vgl. Lewis, Flora: W. Berlin, U.S. Views Seen in Sharp Conflict. In: The Washington Post v. 18.8.1961; Frankel, Max: Moscow Blamed. West Terms Barriers ›Serious‹ Violation of East-West Pacts. In: The New York Times v. 18.8.1961. Die Zahl von »100 Panzern« wird in den beiden Artikeln allerdings nicht genannt.

12

Rundfunk- und Fernsehansprache Walter Ulbrichts v. 18.8.1961. Abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Hg. v. Bundesmin. f. Innerdt. Beziehungen. Reihe 4. Vom 10. November 1958 bis 30. November 1966. Bd. 7,2. Bearb. v. Biewer, Gisela. Frankfurt/M. 1976, S. 114–130.

13

Hildebrandt, Rainer: »Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg«. SED-Chef Ulbricht zwischen Isolierung und erneuter Flucht nach vorn.« In: Der Tagesspiegel v. 18.8.1961. Rainer Hildebrandt war nicht Mitarbeiter des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen, nahm aber Forschungsaufträge für das Ministerium wahr. Vgl. Biographie Dr. Rainer Hildebrandt. Hg. v. Museum Haus am Checkpoint Charlie. Berlin o. J. (2004).

14

Die von der DDR betriebene Deutsche Reichsbahn verfügte aufgrund von Vereinbarungen der Siegermächte auch über das Verkehrsrecht in Westberlin, das die S-Bahn wie den Fernverkehr betraf. Zum besonderen Status der Reichsbahn im Westteil der Stadt vgl. Ciesla, Burghard: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin. Köln 2006.

15

Zur Reaktion Christopher Steels auf die Forderung des Senats vgl. »Botschafter Steel fährt durch das Heerlager Ost-Berlin«. In: Deutsche Zeitung (Köln) v. 18.8.1961. Zur Ablehnung der Forderung durch die Westmächte vgl. Ciesla, Burghard: Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin. Köln, Weimar, Wien 2006, S. 126.

16

Vgl. Zschaler, Frank: Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945–1961. Berlin 1995, S. 253 ff.

17

Abteilung K (Kriminalpolizei) des Westberliner Polizeipräsidiums.

18

Vgl. Information 593/61.

19

Die Äußerungen Brabants im Fernsehen werden zitiert in: »Defector to West. East Berlin Policeman Says Comrades Wouldn't Shoot«. In: New York Herald Tribune v. 19.8.1961.

20

Vgl. Informationen 459/61 u. 594/61.

21

Unmittelbar nach dem Mauerbau startete u. a. die FDJ eine Kampagne zum »freiwilligen« Eintritt in die NVA. Vgl. Ohse, Marc-Dietrich: Jugend nach dem Mauerbau. Anpassung, Protest und Eigensinn (DDR 1961–1974). Berlin 2003, S. 34 f.

22

Franz Kutschera, Jg. 1909, österreichischer Schauspieler und Regisseur, 1947–1961 an verschiedenen Ostberliner Theatern tätig, verließ aber – anders als hier vermutet – Berlin nach der Grenzschließung und ging an die Städtischen Bühnen Frankfurt/M.